Das Ausstellungsprojekt für 1988/89

Geschichte und Kultur der Juden in Bayern



25. 10. 1988 bis 22. 1. 1989

Eine Ausstellung des Germanischen Nationalmuseums und des Hauses der Bayerischen Geschichte im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg

9. Antisemitismus und Nationalsozialismus

Der Beginn antisemitischer Gewaltmaßnahmen wird oft mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht, ohne zu berücksichtigen, daß dieser Antisemitismus auf lange Traditionen zurückgreifen konnte. Neben der religiös motivierten Judenfeindlichkeit wurde er vor allem durch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg der Juden nach der Emanzipation gefördert. Hinzu trat ein neues Motiv: die pseudo-wissenschaftlich biologische Theorie von stärkeren und unterlegenen Rassen, die, auf das politische Leben übertragen, letztlich die Vernichtung der als Fremde im »Volkskörper« aufgefaßten Juden bedeuten sollte.

Auch in Bayern wurden diese antisemitischen Vorstellungen von politischen Vereinigungen vertreten, wie etwa von der Bayerischen Antisemitischen Volkspartei mit ihrem publizistischen Organ, dem seit 1892 erscheinenden Volksblatt. Schon frühzeitig wehrten sich Juden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln: durch Proteste jüdischer Gemeinden bei den zuständigen staatlichen Stellen gegen die Tätigkeit der Antisemiten ebenso wie durch Druckschriften, mit denen jüdische Vereine durch sachliche Information dem Antisemitismus in der Öffentlichkeit Einhalt gebieten wollten.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges war dies um so notwendiger, als »den Juden« die Verantwortung für die Niederlage des Deutschen Reiches und für die politische Revolution 1918 zugewiesen wurde. In Bayern setzte die Ausgrenzungspolitik gegenüber Juden bereits in der Weimarer Republik ein. So wurden »Ostjuden« in diskriminierender Weise 1923 ins Ausland abgeschoben. Zudem war seit 1930 in Bayern als einzigem Land der Weimarer Republik die rituelle iüdische Schlachtmethode, das Schächten, untersagt, was einem Verbot der jüdischen Glaubenspraxis gleichkam. Obwohl jüdische Organisationen bis 1933 antisemitistische Maßnahmen des bayerischen Staates nicht abwenden konnten. so gelang es ihnen doch, negative Auswirkungen für die Betroffenen

Seit dem Jahr 1933, als mit der sog. Machtergreifung durch den Nationalsozialismus der Antisemitismus zur staats-offiziellen Ideologie wurde, war politische Opposition auch im weitesten Sinne für Juden nicht mehr möglich: Alle jüdischen Vereinigungen, die der Regierung auch nur im Ansatz der politischen Betätigung verdächtig waren, wurden verboten. Die Möglichkeit zu sozialer Hilfe, zu kultureller Arbeit in der Gemeinde sowie die Vorbereitung für die Emigration und die Flucht waren äußerst eingeschränkt. Sie war zudem abhängig

von der politischen Lage, bei der Phasen offenen Terrors und »schleichender Verfolgung« wechselten. In den vom Staat gezogenen engen Grenzen gelang es vielen Juden, in der Besinnung auf ihren Glauben und durch aktive Hilfe für die Leidensgenossen dem nationalsozialistischen Staat Widerstand entgegenzusetzen, ein Widerstand freilich, der sich vor allem in der geistigen Haltung formierte.

Der willkürliche Ausschluß von »deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens« aus dem Rechtssystem des Staates und die bewußte Verletzung der Menschenwürde kennzeichneten von Anfang an die antijüdischen Maßnahmen des nationalsozialistischen Regimes, die vielfach von Bavern ihren Ausgang nahmen: So wurde die Münchner Synagoge Monate vor dem Novemberpogrom 1938 am 9. Juni 1938 »aus städtebaulichen Gründen« dem Erdboden gleichgemacht; am 10. August 1938 wurde auch die Nürnberger Synagoge abgebrochen.

»Reichskristallnacht«, Die sog. jenes staatlich sanktionierte Pogrom vom 9./10. November 1938, bildete einen ersten Höhepunkt der Gewalt: Synagogen, jüdische Geschäftshäuser und Wohnungen wurden zerstört, die jüdische Bevölkerung brutal mißhandelt, hundert Menschen wurden während jener Nacht im gesamten Deutschen Reich ermordet, 26,000 in Konzentrationslager interniert. Emigrationsverbot und völlige Entrechtung kennzeichneten die Lebenssituation der Juden in Bayern, bevor sie Ende 1941 und im Frühjahr 1942 in die Lager des Ostens verschleppt wurden. Nur wenige konnten der organisierten Ermordung entkommen. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, im Zuge der Verlagerung der Vernichtungs- und Konzentrationslager aus dem Osten dienten bayerische Konzentrationslager, wie in Landsberg am Lech, als Produktionsstätten für die Rüstung. Durch wochenlange Transporte geschwächt, unterernährt und krank wurden die Gefangenen zu schwerer körperlicher Arbeit gezwungen. Tausende starben noch vor der Befreiung im Frühjahr 1945.

Wolf Weigand



Zerstörung der Synagoge in Hof, November 1938. Foto Stadtarchiv Hof